

24.03.2017  
Pressemitteilung

## **Unternehmensverband Ostholstein-Plön fordert bundesweite Vereinheitlichung der Netzentgelte**

In Schleswig-Holstein hat sich in den letzten Jahren einiges getan: In den Ferienhochburgen an Nord- und Ostsee wurden Millionen in die Infrastruktur investiert. Gleichzeitig ist die Attraktivität der Urlaubsorte durch neue Strandpromenaden, Seebrücken und Hotels deutlich gestiegen. Nahezu die gesamte Wirtschaft im Bundesland profitiert von steigenden Gästezahlen. Aber nicht nur als beliebte Urlaubsregion, sondern auch als Land der Erneuerbaren Energien ist Schleswig-Holstein deutschlandweit bekannt. So war das Bundesland Vorreiter bei der Erzeugung von Strom durch Windkraftanlagen.

Durch die 2011 vollzogene Energiewende – weg von der Atom-, hin zur Ökoenergie – gewannen die Erneuerbaren Energien in Deutschland zunehmend an Bedeutung. In der Folge wurden sie konsequent weiter ausgebaut. Dies gilt speziell auch für Schleswig-Holstein. Hier ist der Anteil der erzeugten Erneuerbaren Energien deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Was auf den ersten Blick eigentlich Innovationskräfte freisetzen und – ähnlich wie der Tourismus – der regionalen Wirtschaft zugute kommen müsste, führt in der Praxis jedoch zu erheblichen Mehrbelastungen von Unternehmen sowie Kaufkraftverlusten bei der Bevölkerung. „Die Ursache liegt in einer ungerechten Netzentgelt-Struktur“, erläutert Hans-Ingo Gerwanski, Vorstandsmitglied des Unternehmensverbandes Ostholstein-Plön (UVOH-Plön).

Die aktuelle Regelung der Netzentgelte in den einzelnen Bundesländern bestrafe die hiesigen Stromkunden, so Gerwanski weiter. Diese müssten allein für das Übertragungsnetz bis zu 1,5 Cent mehr je Kilowattstunde zahlen als Stromkunden im Süden der Republik. Hochgerechnet bedeutete das allein für die Landkreise Ostholstein und Plön bei einem jährlichen Stromverbrauch von ca. 1,3 Mio. Megawattstunden eine Mehrbelastung von geschätzten 20 Mio. Euro. Dieser Zustand sei unbefriedigend: „Es kann doch nicht angehen, dass hier ansässige Unternehmen derart hohe Mehrkosten und damit entsprechende Standortnachteile im Vergleich zu anderen Regionen in Deutschland haben. Und auch bei den Verbrauchern entstehen entsprechende Mehrkosten, die der Region an Kaufkraft verloren gehen“, sagt Gerwanski.

Am 10. März 2017 hat sich der Bundesrat für eine einheitliche Netzentgelt-Struktur ausgesprochen und einen Appell an die Bundesregierung gerichtet, die aktuelle Mehrbelastung für nord- und ostdeutsche Stromkunden zu beenden. Diese Initiative ging u.a. von den Bundesländern Schleswig-Holstein, Sachsen und Brandenburg aus. Diesem Appell schließt sich der UVOH-Plön mit seinen Mitgliedern an. Im Ergebnis sei die Energiewende schließlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sodass die Kosten gleichermaßen aufgeteilt werden müssten. Hier sei die Bundesregierung nun gefordert nachzubessern und der richtigen Empfehlung des Bundesrates zu folgen. Der UVOH-Plön ermuntert die Bundesabgeordneten aus Schleswig-Holstein, sich hierfür einzusetzen. Ebenso möchte er die Bedeutung dieses ärgerlichen Standortnachteils für die heimischen Unternehmen gerne auch im Schulterschluss mit dem UV-Nord und den IHKn in Schleswig-Holstein weiter in der Öffentlichkeit bekannt machen.